

Die Fragen stellte Michael Flohr vom „netzwerk n“.

Michael Flohr:

Frau Bundeskanzlerin, am Montag sprechen Sie beim Zukunftsforum „EINWELT“. Die gleichnamige Zukunftscharta ist eine Art Handbuch, wie Zivilgesellschaft, Politik, Wissenschaft und Nachhaltigkeit eine zukunftsfähige Welt gestalten können. Nachhaltige Entwicklung bedeutet für mich, Politik vom Ziel her zu denken und zukunftsgerecht zu gestalten. Welche persönliche Vision dient Ihnen hierfür als Orientierung Ihres politischen Handelns?

Bundeskanzlerin Merkel:

Nachhaltigkeit ist in der Tat wichtig für politisches Handeln und sollte uns bei unseren täglichen politischen Entscheidungen auch leiten. Und Sie haben vollkommen recht: Wir brauchen dafür eine Zieldefinition. Die einfache Sache ist, dass man eigentlich sagen kann: Man darf nicht mehr verbrauchen – in keiner Dimension –, als man auch regenerieren kann. So weit ist die Sache recht einfach und übersichtlich. Wenn man das dann aber runterbrechen muss auf die Fragen sozialen Wohlstands, Generationengerechtigkeit, auf die Frage Ressourcenverbrauch, auf die Frage, dies alles nicht nur in einem Land einzuhalten, sondern, wie die Veranstaltung schon heißt, eine Welt daraus zu bauen, dann wird das natürlich sehr schwierig. Weil viele auf der Welt, die die Entwicklung noch nicht so viel und weit hatten wie wir, natürlich sagen, wir müssen jetzt erst einmal noch nicht nachhaltig wirtschaften können, damit wir auf das nachhaltige Niveau kommen, und uns in den Industrieländern vorwerfen: Ihr habt Raubbau betrieben, und jetzt verlangt Ihr von uns Nachhaltigkeit. Das zusammenzubringen, ist eben gerade auch Aufgabe von Entwicklungspolitik. Und deshalb ist es kein Zufall, dass diese Charta, diese Zukunftscharta, auch im Entwicklungsministerium entwickelt wird.

Im Oktober fand in Berlin eine Konferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung zum Thema Nachhaltigkeit und Hochschulen statt. Ein großes Anliegen der jungen Generation war, auf Augenhöhe am politischen Prozess teilzuhaben. Es entstand die Idee, Jugendvertreterinnen von Organisationen der nachhaltigen Entwicklung in den Rat zu berufen. Diese Idee erhielt den längsten und stärksten Applaus. Daher die Frage: Steht dem etwas im Wege? Wann wird es dazu kommen?

Wir haben den Rat für Nachhaltige Entwicklung, der ja hier beim Kanzleramt angesiedelt ist, jetzt gerade erst neu berufen. Ich finde es gut, dass man mit der jungen Generation gesprochen hat. Denn wenn man Politik auf ein langfristig ausgerichtetes Ziel machen will, dann ist es natürlich gut, die mit der größten Lebenserwartung, die jungen Menschen, auch mit einzubeziehen. Deshalb werden wir sicherlich bei der nächsten Berufung darauf noch mal ein stärkeres Augenmerk haben – und in der Zwischenzeit sehr viel Wert darauf legen und auch den Nachhaltigkeitsrat ermuntern, mit der Jugend weiter sehr im Gespräch zu bleiben.

Die Wirtschaftswissenschaften an Hochschulen sind vorwiegend durch die neoklassische Denkschule geprägt. Viele Themen wie auch Nachhaltigkeit werden daher von Ökonomen aus nur

einer Perspektive betrachtet. Das führt auch auf politischer Ebene zum systematischen Ausblenden vieler Problemlösungsansätze. Wie stehen Sie zu mehr Pluralität in den Wirtschaftswissenschaften?

Es gibt ja eine Vielzahl von Diskussionen, die sagt: Das Bruttoinlandsprodukt allein, das das Wachstum klassischer Art ausdrückt, reicht nicht aus, um Lebensqualität zu definieren. Deshalb machen wir jetzt auch im Kanzleramt mit der ganzen Bundesregierung einen Prozess: Wie wollen wir eigentlich leben in unserem Land? Und das ist sehr viel komplexer als die Frage: Wie ist das ökonomische Wachstum zu sehen? Ich glaube, dass viele Bürgerinnen und Bürger auch möchten, dass wir generationengerecht leben; dass die zukünftige Generation genau solche Lebenschancen hat wie die vorangegangene – oder vielleicht sogar verbesserte. Und wir müssen auch den Wachstumsbegriff von seiner reinen Quantität her qualitativer definieren: Es kann sein, durch mehr Bildung wachse ich auch, und trotzdem haben wir keinen Indikator, wie wir dieses Mehr an Bildung ausdrücken können. Es gibt eine interessante Entwicklung, die mir sehr gefällt: dass wenigstens Bildungsinvestitionen und Forschungsinvestitionen jetzt ins Bruttoinlandsprodukt mit eingebaut werden. Aber ein Indikator alleine wird nicht ausreichen. Und deshalb werden wir dafür sorgen, dass es andere Indikatoren gibt, neben dem klassischen Wachstum. Und erst aus der Summe dieser Indikatoren – Wie sieht das mit der Umwelt aus? Wie sieht das mit der sozialen Gerechtigkeit aus? Welche anderen Bedürfnisse gibt es, zum Beispiel der menschlichen Zuwendung? – dann kann erst daraus ein Bild entstehen, wie sich eine Gesellschaft entwickelt; also entwickelt in allen Dimensionen und nicht nur im klassischen Wachstumsbegriff.

Papst Franziskus und immer mehr renommierte Wissenschaftler zweifeln daran, dass Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit vereinbar sind. Beim Gipfel in Australien haben die G20 erneut das Ziel „mehr Wachstum“ ausgegeben. Wie sieht für Sie eine Forschungsförderung aus, die es ermöglicht, den zweifelnden Fragen ergebnisoffen zu begegnen?

Zum Ersten: Wir haben in der Tat bei G20 über Wirtschaftswachstum gesprochen. Und ich glaube, dass auch die Frage, wie kann ich mich nachhaltig entwickeln, wie kann sich die ganze Welt nachhaltig entwickeln, besser zu lösen ist, wenn es – insbesondere auch in den Schwellenländern, in den Entwicklungsländern, aber auch bei uns – ein bestimmtes Wachstum gibt. Aber es darf kein Wachstum um jeden Preis geben. Wir sagen: Wachstum auf Pump, Wachstum aufbauend auf Verschuldung, da bin ich sehr, sehr zögerlich. Und Wachstum um den Preis, dass ich die Umwelt zerstöre oder den Klimawandel nicht im Blick habe, ist auch ein falsches Wachstum. Auf der anderen Seite kann ich durch technische Innovationen – mehr Energieeffizienz zum Beispiel – auch Wachstum generieren. Also Wachstum ist weder gut noch schlecht, sondern es muss ein nachhaltiges Wachstum sein; und auch ein auf soliden Finanzen beruhendes Wachstum sein. Darüber haben wir in G20 auch gesprochen. Da gibt es unterschiedliche Auffassungen, in welchen Reihenfolgen und Schrittfolgen man vorgehen soll. Wichtig ist, wissenschaftliche Erkenntnisse dabei zu gewinnen. Deshalb ist die nachhaltige Frage des Wirtschaftens und der Energiepolitik ein Schwerpunkt unserer Hightech-Agenda. Und gerade an den Hochschulen gibt es ja auch ein Umdenken. Es gibt nicht mehr nur die klassischen betriebs- und volkswirtschaftlichen Studiengänge, sondern es gibt auch an 13 Hochschulen bereits die Möglichkeit, sich stärker mit Nachhaltigkeit als Fach zu befassen. Und das wird sicherlich Schule machen. Ich glaube, da sind wir schon auf einem recht guten Weg.